

Bürokratie als Inflationstreiber

FORDERUNG

Bürokratiekosten schlagen sich direkt auf die Preisgestaltung nieder, weil Unternehmen gezwungen sind, Zusatzkosten, etwa aus Dokumentationspflichten oder neuen Gebühren, in ihre Kalkulationen aufzunehmen - beispielsweise im Lebensmittlebereich. Daher ist eine Reduktion neuer Berichtspflichten und Dokumentationspflichten umzusetzen, denn diese Belastungen sind substanziell und führen zu strukturellen Nachteilen im Wettbewerb.

DIE AUSGANGSLAGE

Die Lebensmittelpreise sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Branchenvertreter und Studien betonen, dass dabei nicht nur höhere Rohstoffpreise oder Energiepreise, sondern auch Gebühren und Bürokratie maßgeblich wirken.

Durch immer mehr gesetzliche Auflagen, Dokumentationspflichten und Gebühren steigen die Produktions- und Vertriebskosten, was letztlich zu höheren Endverbraucherpreisen führt – ein Mechanismus, der auch den Inflationswarenkorb beeinflusst und damit die gemessene Inflation antreibt.

BEGRÜNDUNG

- ➔ **Steigende Bürokratiekosten (Dokumentation, Gebühren) erhöhen Produktions- und Vertriebskosten**, die direkt in höhere Lebensmittelpreise fließen und die gemessene Inflation befeuern.
- ➔ **Umfangreiche Vorschriften (Hygiene, Allergen-Kennzeichnung, Umweltschutz) binden Ressourcen**, statt Prävention zu fördern, und verschärfen Wettbewerbsnachteile für Klein- und Mittelbetriebe.
- ➔ **Meldepflichten nach dem Abfallwirtschaftsgesetz (AWG)**, ohne EU-Pflicht, sind unverhältnismäßig und lenken von Kernaufgaben ab (Gold Plating).
- ➔ **Beratung und Digitalisierung entlasten Unternehmen**, stärken Akzeptanz und wirken präventiv gegen Teuerung.

Weniger Bürokratie, niedrigere Inflation

DAFÜR STEHEN WIR.



Johannes Schedlbauer,
Direktor



Wolfgang Ecker,
Präsident